

Wir lernen das schneller. Woher soll es die CDU können?

(Beifall bei der PDS)

Wir haben uns mehrfach zum Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten bekannt. Es geht aber nicht an, daß ein historischer Prozeß dem persönlichen Wahlterminkalender des Bundeskanzlers der BRD untergeordnet wird.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei Bündnis 90/Grüne)

Dem vorliegenden Vertrag können wir nicht zustimmen, weil er verfassungsrechtlich bedenklich, wirtschaftspolitisch und sozial völlig unausgewogen, zum Teil oberflächlich ist und praktisch unter Ausschaltung der jeweiligen Bevölkerung zustande kam. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS und vereinzelt bei Bündnis 90/Grüne)

#### **Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Gysi,... - Es tut mir leid, Herr Gysi hat es abgelehnt, Fragen zu beantworten.

(Vereinzelt Beifall - Unruhe im Saal - Pfiffe)

Es tut mir leid. - Das Wort hat nun Herr Prof. Walther von der Fraktion der DSU.

#### **Prof. Dr. Walther für die Fraktion der DSU:**

Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Nach Ihrer eindrucksvollen Rede

(Beifall)

müßten wir ja wohl nun alle - zumindest aber 16 Millionen DDR-Bürger - zu Bettlern werden. Ich erlaube mir aber, den Standpunkt unserer Fraktion darzustellen, der da doch ein wenig anders ist.

Die Verabschiedung des Staatsvertrages ist ein großer Schritt auf dem Weg zur langersehnten Einheit unseres deutschen Vaterlandes.

(Beifall bei DSU und CDU/DA)

Die DSU hat vom ersten Tag ihres Bestehens eindeutig Stellung bezogen, daß nur der Weg über Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu einem einheitlichen deutschen Staat führen kann, wenn man nicht ungeahnte Risiken für das Wohl der Bewohner unseres Teils des Vaterlandes heraufbeschwören will.

Für uns ist es eine große Genugtuung, daß sich inzwischen fast alle Fraktionen dieses Hohen Hauses zu diesem Weg über Artikel 23 entschieden haben.

Meine Damen und Herren! Die soziale Komponente der sozialen Marktwirtschaft kann nur gesichert werden, wenn die Marktwirtschaft klappt. Lassen Sie mich deshalb auf zwei Punkte der Stellungnahme des Ausschusses Deutsche Einheit hinweisen, die die Eigentumsfrage betreffen und damit genau den Schnitt zwischen sozialistischer Planwirtschaft und sozialer Marktwirtschaft andeuten.

In der Stellungnahme heißt es: Für eine Übergangszeit wird der Erwerb von land- und forstwirtschaftlich genutztem Grund und Boden mit Ausnahme für Gewerbegebiete durch Gebietsfremde, die vor dem 7.10.1989 ihren Sitz nicht in der DDR hatten, ausgeschlossen. Die Beleihung des Grund und Bodens wird gewährleistet. Es werden dadurch Investitionen ermöglicht.

Ich glaube schon, daß dadurch Investitionen ermöglicht werden. Es wäre schlimm, wenn wir mit dem Ziel, die soziale Marktwirtschaft bei uns einzuführen, Investitionen nicht ermöglichen würden. Ob - und das ist von viel größerer Bedeutung - dadurch aber Investitionen gefördert werden, das scheint mir sehr frag-

lich. Investitionen haben schließlich die sozialistischen Planwissenschaftler oder Planwirtschaftler oder wie sie sich immer nennen auch nicht verhindert, jedenfalls nicht überall und ständig.

Wer, so frage ich Sie, wird denn das Geld für eine Beleihung zur Verfügung stellen, wenn er für eine ungewisse Zeit im Fall des Konkurses des Eigentümers des beliebigen Bodens ihn nicht erwerben kann? Die Verschiedenbehandlung von Gewerbegebieten und landwirtschaftlich genutzten Gebieten erscheint uns doch sehr problematisch. Wir hoffen deswegen, daß diese Übergangszeit kurz ist, möglichst überhaupt keine.

(Beifall bei der DSU)

Eine zweite Anmerkung: In der Stellungnahme heißt es: „... gesetzliche Sicherung der Eigentumsrechte der DDR-Bürger aus der Bodenreform und anderer durch alliierte Rechtsprechung entstandener Eigentumsverhältnisse.“ Einerseits wäre eine Bemerkung darüber zu machen, daß im Zusammenhang mit der Bodenreform vielen ehemaligen Besitzern großes Unrecht zugefügt wurde, welches durch eventuelle Entschädigung zumindest teilweise korrigiert werden müßte. Nicht jeder Bauer, welcher mehr als 100 ha Land besaß, war ein Junker, Großagrariar oder Kriegsverbrecher.

(Beifall bei der DSU)

Und wer mehr als 100 ha besaß, dem wurde sein gesamter Landbesitz enteignet, und nicht nur der über 100 ha. Und viele dieser Enteigneten oder Bestohlenen, wie ich sie nenne, wurden in Lager über Jahre verschleppt.

Zum anderen führt der Passus - ich zitiere - „und anderer durch alliierte Rechtsprechung entstandener Eigentumsverhältnisse“ zu Unklarheiten, denn nicht alle durch alliierte Verordnungen entstandenen Eigentumsverhältnisse sind mit dem Wort „Rechtsprechung“ zu bemängeln. Auch hier fanden Enteignungen statt. Ich denke z. B. an die Schaffung der ersten HO-Läden, wo willkürlich Geschäftsinhaber aus ihrem Besitzstand vertrieben wurden. Auch hier muß in der Zukunft darüber nachgedacht werden, wie solches Unrecht ideell oder materiell wiedergutmacht wird.

Meine Damen und Herren! Der Staatsvertrag und die unmittelbar bevorstehende Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion werden langfristig - davon sind wir in der DSU-Fraktion fest überzeugt - einen gewaltigen Aufschwung in unserem Teil des deutschen Vaterlandes bringen. Lassen Sie mich ein paar Zahlen nennen, aus denen ich diese Zuversicht speise.

In der Bundesrepublik Deutschland stieg zwischen 1950 und 1960, also unmittelbar nach versuchter Einführung der sozialen Marktwirtschaft - damals wußte man ja noch nicht, wie das ausgehen würde, wie auch heute von einigen geglaubt wird, wir wüßten es nicht - das Bruttosozialprodukt jährlich um durchschnittlich 7,9 Prozent. Der Produktivitätszuwachs betrug jährlich mehr als 5 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ging in dem Zeitraum von 1,8 Millionen auf 271000 zurück, d. h., man kann sagen, sie verschwand. Die Zahl der Arbeitnehmer wuchs in diesem Zeitraum um 5,5 Millionen.

Und dieser Aufschwung erfolgte aus wesentlich schlechteren Voraussetzungen, da der zweite Weltkrieg nicht nur das Land, die Wirtschaft, die Wohnungen zerstört hatte, sondern auch ein Großteil der Familien ohne ihren Ernährer auskommen mußte und eine Flut von Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten sowie Flüchtlingen aus unserem Teil Deutschlands einen großen Druck auf den Arbeitsmarkt ausübten.

Ich bin fest davon überzeugt, daß in unserem Teil des Vaterlandes in wenigen Jahren der wirtschaftliche, soziale und ökologische Gleichklang mit dem heutigen Gebiet der Bundesrepublik erreicht sein wird.

Die Fraktion der DSU stimmt dem vorliegenden Staatsvertrag in vollem Umfang zu. Ich danke Ihnen.

(Beifall, vor allem bei DSU und CDU/DA)